

## **Presseerklärung der BI Borsdorf/Schwickartshausen zum Bericht im Kreis- Anzeiger am 25.06.2015 „SPD und Grüne befürchten Kollision“**

### **Für SPD und Grüne hat der Kommunalwahlkampf begonnen**

Hat die Niddaer SPD im Rahmen der Haushaltsdebatte in der letzten Stadtverordnetenversammlung einzelnen Fraktionen vorgeworfen, ihr Redebeitrag sei eine „vorgezogene Wahlkampfrede“ (KA vom 25.06.2015), mussten wir beim Weiterlesen zur Erkenntnis kommen, dass für SPD und Grüne der Wahlkampf bereits begonnen hat.

Insbesondere wir als BI Borsdorf/Schwickartshausen können die Befürchtungen der Wallernhäuser Bürger nachvollziehen. Haben wir doch mit ähnlichen Planungen zu tun. Auch Borsdorf sollte von drei Seiten von Windvorrangflächen umgeben werden (zweimal in der Gemarkung Nidda, einmal Gemarkung Hungen/Rodheim). Auch hier hätten „sich dadurch planerisch übermäßig erhöhte Anlagenkonzentrationen und die Bürger belastende Standorte ergeben können“, (Zitat von SPD und Grüne) aber dies auf Wunsch und mit Zustimmung von SPD und Grüne! In Schwickartshausen soll ähnliches passieren: Windräder von Osten (Raumertswald) und Westen (Eschberg) im Abstand von 1000 Metern. Hier allerdings auch nach dem Willen von Grünen und SPD ! Obwohl die Regionalplanung dort beide Gebiete aus Artenschutzgründen ausgeschlossen hat, werden die von Frau Jäger zitierten Untersuchungen durchgeführt und kosten die Stadt Nidda weiteres Geld, das sie eh nicht hat. Und hier sind Wallernhausen und Fauerbach mit betroffen.

„Ausschluss für die Bürger belastende Standorte durch eigene ausgeglichene Planung“ in Nidda ?

Da wundert man sich schon über die jetzige plötzliche Aktivität dieser beiden Parteien!

Auch die Borsdorfer Bürgerinnen und Bürger hätten sich hier die „schützende Hand“ dieser beiden Parteien gewünscht. Aber in Borsdorf hatten bei der letzten Kommunalwahl für die Stadtverordnetenversammlung SPD und Grüne ja zusammen „nur“ 45,8 % der Stimmen.

Anders in Wallernhausen, hier hatten SPD und Grüne zusammen 55,8 % der Stimmen (bei der Ortsbeiratswahl hatte die SPD sogar 66,5%). Klar, dass man hier was tun muss!! Oder hat dies ggf. auch noch mit privaten Belangen etwas zu tun?

Soweit der Sprecher der Grünen darauf verweist, dass „in dieser Phase sich jeder Grundstückseigentümer im Außenbereich in einem vereinfachten Prüfverfahren Anlagen genehmigen lassen könne, und die Kommune selbst dann keinerlei Mitspracherecht mehr habe“, ist diese Aussage so nicht zutreffend.

WKA bedürfen einer Genehmigung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. SPD und Grüne ist offensichtlich unklar, welche hohen Anforderungen an diese Verfahren vor Ort bestehen, und welche vielfältigen Belange dabei Berücksichtigung finden, unter anderem auch die Beteiligung der Gemeinde, die sehr wohl ein Mitspracherecht hat und sogar ihr Einvernehmen erteilen muss!

Auch die erwähnte größtmögliche Transparenz mit Bürgerversammlungen und Ausschusssitzungen mit Einbindung der Bevölkerung kommt uns total neu vor. SPD und Grüne hätten noch bis heute ein erstes Mal auf uns zuzukommen. In keiner Ausschusssitzung haben Mitglieder der BI ein Rederecht gehabt. Workshops mit Ortsvorstehern und Einbindung der Bevölkerung? Hier wird von SPD und Grünen die Wahrheit verdreht! In Nidda kam eine ordentliche Anhörung der Ortsbeiräte erst zustande, nachdem diese die Kommunalaufsicht eingeschaltet haben. Die Anerkennung vorgeschriebener Mindestabstände zur Wohnbebauung kam erst durch massiven Widerstand unserer Bürgerinitiativen zustande.

Vielleicht wird dies ja alles nach der kommenden Kommunalwahl besser! Oder ist dies doch nur der inoffizielle Beginn einer Wahlkampfkampagne?

H.P. Scherer

Harald Assmus